

2. Mai 2010

**Ein Streiter für das bedingungslose Grundeinkommen weniger, Günther Leue verstorben.**

## **Günther Leue ist im April im Alter von 85 Jahren gestorben**

Bekannt ist Günther Leue als IT-Pionier und Ehrenpräsident des CCC (Chaos Computer Club). Mit seiner Konstruktion des Vereins zur Förderung der Telekommunikation (VFTK) im Jahre 1984 überlistete er das Postmonopol mit einem juristischem Kniff. Seinerzeit war der gesamte Telekommunikationsbereich durch das Fernmelderecht ein Bereich der Staatshoheit und ein nicht zugelassenes Telefon ein Angriff auf die öffentliche Ordnung und Sicherheit Deutschlands. Leue hat dies durch ein Datennetz für Vereinszwecke umgangen. Und da das Recht auf Vereinigungsfreiheit höher zu bewerten war als das Fernmelderecht, konnte sich dadurch sein GeoNet entwickeln.

Weniger bekannt ist Günther Leue als heftiger Streiter für das bedingungslose Grundeinkommen. <http://telemat.de/> So stellte er dort zum Beispiel einen Zahlenvergleich mit den bisherigen Ausgaben im sozialen Bereich und den Kosten für ein Grundeinkommen auf und kommt zu der Vermutung, dass die bisherigen Beträge wahrscheinlich gross genug seien, um eine Finanzierung sicher zu stellen.

Mit Günther Leue ist ein wichtiger Mitstreiter für das bedingungslose Grundeinkommen gestorben. Wir sollten sein Vermächtnis weiter aktiv verfolgen.

Marita Wagner, Gronau

**N24-EMNID-UMFRAGE: Bundesbürger sehen erhöhte Terrorgefahr durch Bundeswehreinsatz**

22.04.2010 - 14:38 Uhr, N24

Im Gegensatz zu der Argumentation der Politik sind die Deutschen nicht davon überzeugt, dass der Bundeswehreinsatz in Afghanistan die Sicherheit in Deutschland erhöht. Nur 35 Prozent sind der Ansicht, ein Rückzug aus Afghanistan steigere das Risiko, Anschlagziel von Terroristen zu werden.

## **. Im Gegenteil:**

51 Prozent der Bundesbürger glauben, dass sich die Terrorgefahr hier im Land sogar vergrößert, wenn die deutschen Truppen in Afghanistan bleiben. Dieser Meinung ist nicht nur ein Großteil der Anhänger von SPD/Linken/Grünen (64 Prozent) sondern mit 55 Prozent auch die Anhänger von Union und FDP. Das ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid für den Nachrichtensender N24.

Umfragezeitraum: 21.04.2010

Befragte: ca. 1.000

**Quelle: N24**

**Hartz IV Hungerstreik bald Normalität?**

**Immer mehr Menschen wählen den letzten Schritt des Protestes: Den Hungerstreik.**

Immer häufiger ist davon zu lesen und zu hören, Hartz IV Betroffene finden keinen Ausweg mehr und wählen den letzten Schritt des Protestes: Den Hartz IV-Hungerstreik. Anfang April befanden sich zwei Arbeitslosengeld II (ALG II) Bezieher in [Offenburg im Hungerstreik](#), weil die den Betroffenen die Obdachlosigkeit drohte. Die örtliche Arge lenkte daraufhin ein und erfüllte die Forderungen nach 4 Tagen des Hungerstreiks.

Nun streikte ein Bochumer Hartz IV-Bezieher. Er protestierte damit gegen die Kürzung des ALG II-Regelsatzes. Michael G. hat seit vier Tagen nichts mehr gegessen. Der Betroffene ist in den Hungerstreik getreten, weil die Behörden den monatlichen Regelsatz der Familie von 1050 Euro auf 425 Euro zusammengestrichen hat. Zudem soll die Familie auch die Wohnung in Weitmar verlassen. Gegenüber der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung sagte Michale G. "Die wollen mich vernichten!"

Auf Anfrage der Zeitung reagierte die Arge sofort und sprach von einem "Formfehler". "Die Sanktionen gegen Herrn G. sind aufgehoben worden", so eine Sprecherin der Arge Bochum. Doch Michale G. will erst den Hungerstreik beenden, wenn tatsächlich wieder der reguläre ALG II-Satz auf dem Konto ist. Was wäre gewesen, wenn die Zeitung nicht angefragt hätte?

Warum wählen immer mehr Menschen das letzte Mittel des Protestes? Die Antwort liegt nahe: Wenn Menschen keine Lobby besitzen, müssen sie um so lauter schreien, um überhaupt gehört zu werden. Zudem ist die Verzweiflung groß und viele Menschen fühlen sich im Stich gelassen. Ein gefährlicher Protest, denn die Nahrungszufuhr aus Protest und Verzweiflung zu verweigern, könnte schlimme gesundheitliche Folgen haben. Die Betroffenen nehmen sogar den Tod in Kauf. Umso wichtiger ist die Arbeit der unabhängigen Beratungsstellen, damit den Menschen mit Rat und Tat zur Seite gestanden werden kann. Doch die Mittel für solche Einrichtungen sind in den letzten Jahren extrem zusammen gekürzt worden, so dass vieler Orts überhaupt keine unabhängige Beratung mehr möglich ist.

Quelle: [www.gegen-hartz.de](http://www.gegen-hartz.de)

Quelle: [http://www.die-linke-kreisverband-borken.de/politik/wichtige\\_news/](http://www.die-linke-kreisverband-borken.de/politik/wichtige_news/)